

Lexikon

Junge Liberale von A bis Z



Junge Liberale





| Abitur |

Das Abitur soll nach Meinung der Jungen Liberalen zentrale Hochschulzugangsberechtigung und sein Erwerb somit Ausdruck von Studierfähigkeit bleiben. Da es auf verschiedenen Wegen erworben werden kann, ist im Sinne der Chancengleichheit darauf zu achten, dass die Anforderungen der verschiedenen Schultypen angeglichen werden. Die Einführung eines Zentralabiturs lehnen wir JuLis aber ab, da regionale Besonderheiten im Unterricht nicht mehr angemessen behandelt werden können und unterschiedliche Schwerpunkte durch den Lehrkörper sich zum Nachteil der Schüler auswirken können. Vielmehr befürworten wir ein System, in dem jeweiligen Fachlehrer von zentraler Stelle ausgearbeitete Vorschläge vorgelegt werden, aus denen er die für seine Lerngruppe am besten geeigneten auswählt. Die Korrektur soll er nach einem ebenfalls zentral ausgearbeiteten Korrekturvorschlag durchführen, den er in bestimmten Grenzen seiner Schwerpunktsetzung im Unterricht anpassen kann. (→ Schulzeitverkürzung)

| Arbeitslosigkeit |

Arbeitslosigkeit ist zu einem der größten sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Gesellschaft geworden. Aber auch für den Einzelnen ist die eigene Arbeitslosigkeit in der Regel mit großen wirtschaftlichen und psychischen Problemen verbunden. Die Linderung der Not der Arbeitslosen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist daher eine der wichtigsten Aufgaben jungliberaler Politik. (→Beschäftigung)

| Armut |

Armut gibt es unter anderem in den meisten Staaten der sog. Dritten Welt. Hier ist die Entwicklungshilfe durch finanzielle Unterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe gefor-

dert (→Entwicklungshilfe). Auch der Know-how-Transfer spielt eine wesentliche Rolle beim Abbau der Kluft zwischen Arm und Reich. Daneben muss es zum Abbau protektionistischer Handelsschranken kommen. Armut ist dabei nicht nur ein soziales Problem, sondern auch Hauptursache für mangelnden Umweltschutz. Nur wenn die Staaten der sogenannten Dritten Welt ihre Produkte auf dem Weltmarkt auch verkaufen können, besteht die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Gesundung.

Andererseits ist die, mit der Dritten Welt nicht vergleichbare, sogenannte „neue Armut“ inzwischen auch ein Problem in Deutschland selbst. Insbesondere kinderreiche Familien und alleinerziehende Personen drohen zunehmend zu verarmen, vor allem, wenn Arbeitslosigkeit hinzukommt. Eine Ursache dieser Armut liegt in den unübersichtlichen und daher unzureichenden staatlichen Hilfsleistungen. Wer bei den 152 Sozialleistungen, die bei 37 Behörden zu beziehen sind, den Überblick behält, steht gut da. Wer - wie die meisten - diesen Überblick nicht hat, bleibt auf der Strecke und erhält nicht die Hilfe, die ihm zusteht. Das Bürgergeldsystem soll Sozialleistungen einfacher und transparenter machen und den wirklich Bedürftigen dadurch helfen, dass die Sozialleistungen bei einer Behörde, dem Finanzamt, verwaltet und vergeben werden. (→Bürgergeld)

| Asyl |

Eines der wichtigsten Grundrechte, das nicht angetastet werden darf, ist das Asylrecht. Wer politisch verfolgt wird, muss dieses Grundrecht in Anspruch nehmen und notfalls auch gerichtlich einklagen dürfen. Das von uns vorgeschlagene Einwanderungsgesetz (→Einwanderung) sorgt dafür, dass das Asylrecht wieder seinen ursprünglichen Zweck erfüllen kann, indem den Menschen, die nicht wegen politischer Verfolgung, son-

dern z.B. aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, ein Verfahrensweg außerhalb des Asylverfahrens eröffnet wird. Ein Antrag auf Zuwanderung und auf Asyl schließen sich daher gegenseitig aus, d.h. der Betroffene muss sich entscheiden, ob er einen Antrag auf Asyl oder Einwanderung stellt. Die seit 1992 im Grundgesetz enthaltenen Regelungen zu Asylverfahren auf Flughäfen und der Behandlung von Flüchtlingen aus sogenannten Drittstaaten sind wieder abzuschaffen. Diese Drittstaatenregelung sagt, dass Flüchtlinge, welche über ein Drittland einreisen, ungeachtet der politischen Verhältnisse im betreffenden Land dorthin zurückgeschickt werden können. Sie führt lediglich dazu, dass nur illegal Einreisende oder reiche Einreisende, die sich einen Flugschein leisten können, nicht sofort wieder zurückgeschickt werden können. Die grenzüberschreitende Asyl- und Flüchtlingsproblematik macht eine gemeinsame europäische Asylregelung notwendig. (→Europa) Diese Regelung soll sich, um einen entscheidenden Beitrag zu mehr Humanität im Asylverfahren zu leisten, strikt am Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention orientieren und somit auch nichtstaatliche Verfolgung als politische Verfolgung anerkennen, wie es der EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) tut. Die Gewährung von Asyl für politisch Verfolgte ist fester Bestandteil der europäischen Wertegemeinschaft. Deutschland sollte sich nicht durch eine ohnehin im europäischen Vergleich sehr restriktive Asyl- und Einwanderungspolitik zum Außenseiter machen, sondern aktiv an einer humanitär und wirtschaftlich begründeten europäischen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik mitwirken. Mindeststandard einer europäischen Asylregelung ist für die Liberalen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention. Flucht und Verfolgung treten vielerorts in der Welt auf und haben

unterschiedliche Ursachen. Die Lösung der Flüchtlingsfrage muss an den Ursachen ansetzen. Zur Bekämpfung dieser Ursachen kommt der Entwicklungshilfe vor Ort im Sinne einer langfristig angelegten Prävention eine besondere Bedeutung zu. Diese muss entsprechend auch bei der europäischen Mittelvergabe berücksichtigt werden. (→Asyl, →Entwicklungshilfe)

| Atomkraft |

Die Atomkraft ist derzeit die einzige Energieform, die in größeren Mengen zu vernünftigen Preisen zur Verfügung steht und die CO2-Problematik nicht verschärft. Da aber ein risikoloser Betrieb und die Lagerung des radioaktiven Abfalls, der das größte Problem bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist, nicht in Sicht ist, fordern wir den mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie. Insbesondere ältere Atomkraftwerke sind vom Netz zu nehmen. Alternative und regenerative Energieformen (Wind-, Sonnenenergie) stehen aber in absehbarer Zukunft nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. Daher sind wir der Ansicht, dass vorerst nicht auf den Betrieb von Atomkraftwerken verzichtet werden kann. Neue Atomkraftwerke sind daher auch weiterhin zu nutzen. Die Forschung im Bereich der Alternativen zur Atomkraft ist stärker als bisher zu fördern.

| Ausländerpolitik |

Beim Umgang mit den hier lebenden Ausländern ist Toleranz oberstes Gebot. Wir stellen andere Kulturen nicht unter unsere eigene. Es muss jedem Menschen in Deutschland freistehen, seinen eigenen Lebensstil zu verwirklichen. Für alle ist dabei die Achtung deutscher Gesetze verbindlich. Einen Zwang zur kulturellen Assimilierung darf es nicht geben. Wir sind für kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfalt. Wir wenden uns ge-

gen jede Form von rechtem Populismus, der die Ausländer als Sündenböcke missbraucht. Stattdessen treten wir dafür ein, den hier lebenden Ausländern Perspektiven zu bieten, beispielsweise durch die Aufhebung von Arbeitsverboten. Ausländer sind Mitbürger, die sich aktiv an unserer Gesellschaft beteiligen. Wir JuLis sehen die teilweise bereits eingeführten Ausländerbeiräte als positiven Beginn auf dem Weg zu einem kommunalen Ausländerwahlrecht. So begrüßen wir das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer (→Europa), sprechen uns aber für das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer aus. Auch möchten wir Ausländer stärker zu verbandlichem und politischem Engagement ermutigen und die Förderung des Deutschunterrichts für ausländische Schüler an allen Schulen ausbauen. (→Asyl, →Einwanderung)

| BAföG |

Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in ihrer jetzigen Form ist eine völlig unzureichende staatliche Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Heute kommen zu wenige Studierende in den Genuss von zu geringen Förderungssummen, so dass immer noch zu viele Studierende aufs Jobben angewiesen sind. Für die Reform des BAföG schlagen wir ein Drei-Körbe-Modell vor. Der erste Korb besteht aus einem Sockelbetrag von 200 EUR. Dieser steht jedem Studierenden unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern zur Verfügung und ersetzt Kindergeld und Kinderfreibeträge. Der zweite Korb besteht aus einem unverzinslichen Darlehen bis zu 200 EUR, dessen Höhe in Abhängigkeit der finanziellen Situation der Eltern errechnet wird. Die Darlehensschuld soll sich bei hervorragenden Abschlüssen mindern, um Leistungsanreize zu schaffen. Der dritte Korb enthält einen Zuschuss bis 180 EUR abhängig von

der Situation der Eltern. Die Ausbildungsförderung darf nicht an der deutschen Grenze halt machen. Vielmehr gilt es, gerade Studien im Ausland zu fördern, um hier keine soziale Schranke zuzulassen. Ferner müssen die verwirrende Vielfalt bei Zuschüssen, Darlehen und Stipendien zur Förderung von Studien- und Ausbildungsaufhalten im Ausland verringert, die Antragsverfahren entbürokratisiert und die Informationsbeschaffung vereinfacht werden. Langfristig soll das BAföG im Bürgergeld aufgehen. (→Bürgergeld)

| Bananen |

Wir Jungen Liberalen fordern die Aufhebung der umstrittenen Einfuhrbeschränkungen der EU für Bananen aus dem Dollarraum. Das typische Beispiel für die Regelungswut und der dem Subsidiaritätsprinzip widersprechenden Praxis, der die EU trotz aller Kritik teilweise weiterhin verfällt, sind die Einfuhrbeschränkungen für die in Deutschland heißgeliebten Bananen aus dem Dollarraum. Denn damit verstößt die EU gegen den WTO-Vertrag (ehemals GATT). Außerdem wurden damit die bananenproduzierenden Schwellenländer an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht, was allen entwicklungspolitischen Prinzipien widerspricht.

| Behinderte |

Die Probleme Behinderter werden von der Politik immer noch nicht in vollem Umfang erkannt. Als Behinderter in Deutschland zu leben, gleicht einer täglich neuen Odyssee durch den Alltag. Zwar haben Gesetze zur Integration von Behinderten beigetragen, dennoch bleibt noch viel zu tun, besonders im beruflichen und schulischen Bereich. Die Konzentration von Behinderten in eigenen Schulen muss der Vergangenheit angehören, die Integration an anderen Schulen Normalität werden. Dann wird auch der

Umgang mit Behinderten für Nicht-behinderte eine Selbstverständlichkeit; es erfolgt ein Denkschwung, der die Verantwortung für behinderte Mitbürger nicht gleich an ausgebildetes Personal abschiebt. Öffentliche Gebäude haben nach dem Vorbild der USA dafür ausgerüstet zu sein, dass Behinderte ihren Eingang nicht mehr im Hinterhof suchen müssen.

| Behindertenbildung |

Eine zusätzliche Behinderung von behinderten Menschen durch die Gesellschaft darf es zukünftig nicht mehr geben. Wir fordern deshalb ein Antidiskriminierungsgesetz für behinderte Menschen. Darin soll verankert werden: Der rechtliche Anspruch auf Integration behinderter Menschen in allen Bildungseinrichtungen und das Recht auf individuelle Förderung behinderter Menschen ohne Haushaltsvorbehalt. Dem Anspruch auf Integration dürfen nur pädagogische Gründe entgegenstehen. Behinderte und Nicht-behinderte sollen zukünftig gemeinsam innerhalb einer Bildungseinrichtung unterrichtet werden. Die einzelnen Schultypen können unabhängig unter einem Dach existieren. Behinderte und Nicht-Behinderte können so zum Abbau von Vorurteilen und Berührungängsten bewegt werden.

| Berufliche Bildung |

Das System der dualen beruflichen Bildung hat sich bewährt. Jedoch haben viele berufliche Ausbilder, vor allem im Handwerk, Schwierigkeiten, Ausbildungswillige zu finden. Wir fordern eine stärkere Differenzierung und eine qualitative Verbesserung der Ausbildung. So sollten z.B. Hochschulen auch für Meister geöffnet werden oder ein „Fachwerker“-Ausbildungsgang geschaffen werden, bei dem die theoretischen Anforderungen geringer sind als bei den traditionellen Ausbildungsberufen.

Die Lehrinhalte an den Berufsschulen sollen berufsbezogen gestaltet werden. Wir fordern daher die Streichung der Fächer Philosophie, Religion und Sport. So können Auszubildende mehr Zeit im Betrieb verbringen. Das Fach Sozialkunde/Politik soll in ein Fach Arbeits- und Berufslehre umgewandelt werden, in dem gesellschaftliche Themen (z.B. Sozialversicherung, Arbeitsrecht) in einen Zusammenhang mit dem Berufsleben gestellt werden. Der Umfang des Unterrichts ist bei festen Berufsschultagen auf einen Tag pro Woche zu beschränken, Unterricht in Blockform ist entsprechend anzupassen.

| Beschäftigung |

Wirtschaftlicher Aufschwung kann für einen Teil der Arbeitslosen neue Stellen schaffen. Um die Arbeitslosigkeit allerdings konsequent abzubauen, sind neue Rahmenbedingungen notwendig. Aufgabe der Politik muss es sein, die strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen. Wir fordern daher:

- Mehr Flexibilität im Arbeitsleben, bei Arbeitszeiten, Löhnen etc. So kann mehr Teilzeitarbeit ermöglicht werden und Beschäftigungsverhältnisse können besser der jeweiligen Situation angepasst werden. Die Tarifpartner müssen hier Möglichkeiten schaffen, sie dürfen nicht länger Abschlüsse zu Lasten Dritter - der Arbeitslosen - vereinbaren.

- Arbeit muss sich lohnen. Es kann nicht angehen, dass jemand, der arbeitet, netto weniger hat, als jemand der nicht arbeitet, da Sozialleistungen wegfallen (Brutto-Netto-Umkehrung). Auch geringbezahlte Beschäftigungen müssen sich auszahlen, sie dürfen nicht vollständig auf die Sozialhilfe angerechnet werden. Das Bürgergeldsystem kann hierbei Abhilfe schaffen. (→Bürgergeld)

- ABM einschränken. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) stehen der Schaf-

fung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze entgegen. Der sog. „zweite“ Arbeitsmarkt ist ein planwirtschaftliches Instrument, das die Ursachen von Arbeitslosigkeit nicht wirkungsvoll bekämpfen kann. In Regionen, die von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind, sind ABM jedoch unverzichtbar. Sie dürfen aber die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze nicht gefährden und müssen einen Anreiz zur Stellensuche auf dem ersten Arbeitsmarkt enthalten.

- die Senkung der Lohnnebenkosten, um den Faktor Arbeit zu entlasten und so die Personalkosten in Unternehmen zu senken.

Dadurch erhalten Arbeitgeber mehr Spielraum für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir fordern, dass die 325-Euro-Beschäftigungsverhältnisse (ehemals 630-DM-Jobs), mit denen sich Schüler, Studenten, Rentner, Arbeitslose und Bezieher kleiner Einkommen ein Zubrot verdienen können, von Sozialabgaben befreit werden und steuerfrei bleiben.

| Bildung |

Bildung ist die Grundlage jeder zivilen Gemeinschaft. Somit ist Bildung für uns Junge Liberale ein hoher Wert. Da sie die Grundlage zum Erreichen der individuellen Ziele eines jeden Einzelnen ist und außerdem einen wichtigen Faktor zur Herausbildung der Persönlichkeit jedes Menschen darstellt, muss Bildung für jedermann erreichbar sein. Das gebietet der liberale Grundsatz der größtmöglichen Chancengleichheit. Dabei ist Bildung aber nicht mit schlichter Wissensvermittlung gleichzusetzen, sondern auch das Erlernen von Toleranz, zwischenmenschlichen Umgangsformen, Kreativität und Eigeninitiative sind Inhalte des liberalen Bildungsbegriffs. (→Hauptschule, →Gesamtschule, →Gymnasium, →Fachhochschule, →Hochschule)

| Bildungsgutscheine |

Wir Jungen Liberalen setzen uns für eine Neustrukturierung der Studienfinanzierung ein. Nicht primär Bildungseinrichtungen sollen alimentiert werden, sondern die Bildung jedes Einzelnen muss staatlich finanziert werden. Daher fordern wir die Einführung von Bildungsgutscheinen. Bildungsgutscheine verbinden die Ziele der individuellen Bildungsförderung, der Chancengleichheit, der transparenten und wettbewerbsgerechten Hochschulfinanzierung sowie der Leistungsanreize in der Lehre miteinander. Die sogenannten Bildungsgutscheine werden jedem Auszubildenden oder Studenten auf seinen Namen für eine gewisse Anzahl von Regelsemestern vom Staat unentgeltlich ausgehändigt. Diese Gutscheine kann er an einer Bildungsinstitution seiner Wahl (vorausgesetzt er wird aufgenommen) einlösen. Zusätzlich wird ein Kontingent für freiwillige Teilnahme an fächerübergreifenden Lehrveranstaltungen, einen Studienfachwechsel in der Anfangsphase, Prüfungswiederholungen und Wahlfächer zur Verfügung gestellt. Die Bildungsgutscheine können von den Studierenden ihren Lebensumständen und ihrer Studiensituation entsprechend eingesetzt werden. Die Hochschulen können die bei ihnen eingelösten Bildungsgutscheine beim Staat gegen Geldmittel eintauschen. Damit wird für die Studenten Kostentransparenz und Kostenbewusstsein geschaffen, für die Hochschulen der Wettbewerb um Studenten angeregt.

| Blauhelme |

Blauhelmaktionen der Vereinten Nationen haben seit dem Zweiten Weltkrieg in vielen Krisenherden geholfen, kriegerische Auseinandersetzungen abzumildern oder den Frieden zu sichern. Zu Recht haben die Friedenstruppen der Vereinten Nationen 1988 den

Friedensnobelpreis erhalten. Wir setzen voraus, dass sich Bundeswehrsoldaten auf freiwilliger Basis an Blauhelmeinsätzen der UNO beteiligen. Dies gilt umso mehr, da Deutschland, noch mehr als in der Vergangenheit, Verantwortung für den Frieden in der Welt übernehmen sollte. (→UNO)

| Bundeswehr |

Wir JuLis halten eine Verteidigungsarmee auch in Zukunft für notwendig. (→NATO) Außerdem haben sich mit der höheren Verantwortung, die Deutschland seit der Wiedervereinigung trägt, die Aufgabengebiete der Bundeswehr erweitert (Auslandseinsätze, Blauhelme, humanitäre Hilfseinsätze). Die Bundeswehr hat heute deutlich mehr Soldaten im Auslandseinsatz als noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Auch die Anforderungen an die Soldaten steigen beträchtlich. Die Soldaten brauchen Routine, kontinuierliches Training, Professionalität und jahrelange Erfahrung, was bei der derzeitigen Dauer des Wehrdienstes nicht mehr gegeben sein kann. Deshalb fordern wir eine Freiwilligenarmee, in der Männer und Frauen auf Zeit oder dauerhaft professionell die Aufgaben einer modernen Armee wahrnehmen. Die Bundeswehr muss weiterhin mit ihren Bündnispartnern international und vor allem auf europäischer Ebene zusammenarbeiten. Fernziel sollte im Hinblick auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU die Schaffung einer europäischen Freiwilligenarmee sein. (→Europa)

| Bürgergeld |

Das Bürgergeld, auch als Negativsteuer bezeichnet, ist ein System, mit dem unser Sozialsystem sowohl gerechter, als auch wesentlich unbürokratischer gestaltet werden soll. Derzeit gibt es 152 Sozialleistungen, die bei 37 Stellen beantragt werden können. Das führt dazu, dass Sozialleistungs-

empfänger an vielen verschiedenen Stellen auf vielen verschiedenen Formularen ihre Anträge einreichen müssen. Die Folge ist, dass viele Bedürftige den Durchblick verlieren und auf Leistungen verzichten, während einige „Sozialprofis“ abkassieren. Das Bürgergeldsystem hingegen billigt jedem Bürger einen bestimmten Geldbetrag zu, auf den er zum Bestreiten seines Lebensunterhalts Anspruch hat und der sich nach seinen individuellen Lebensumständen richtet. Ein berufstätiger Arbeitnehmer, der mit seinem Einkommen oberhalb dieses Betrags liegt, erhält keine Leistungen aus dem Bürgergeld und wird wie bisher besteuert. Wer weniger verdient, bekommt staatliche Zuschüsse. Damit sich für Leistungsempfänger die Annahme einer weniger gut bezahlten Arbeit lohnt, werden hieraus bezogene Einkünfte nur zur Hälfte auf die Leistungen angerechnet, so dass ein arbeitender Empfänger besser gestellt ist, als ein Nichtberufstätiger. Durch ein solches System lässt sich nicht nur viel Verwaltungsaufwand (und damit Geld) sparen, vielmehr gibt es Anreize zur Arbeitsaufnahme. Die Idee des Bürgergelds wurde von den Jungen Liberalen aufgegriffen und im FDP-Programm durchgesetzt.

| Bürokratie |

Bürokratie ist die real existierende Form des Staatsanspruchs, immer mehr als Staat verantwortlich zu regeln. Dieser Anspruch wird genährt von politisch konservativen Kräften, die dem Staat die Lösung aller möglichen Probleme zutrauen („Vater Staat wird's schon richten“). Dabei unterliegt der zur Lösung vorgeblich unbedingt nötige Staatsapparat der Bürokratie Trägheitsgesetzen. Er ist unflexibel, zu groß, nicht bedürfnisgerecht gestaltet und übernimmt oft Verantwortung für Aufgaben, die am besten in privater Verantwortung blieben. (→Privatisierung) Zudem verzettelt sich die

Bürokratie gern in Formalismen, was jeder bestätigen kann, der z.B. schon einmal auf einer Führerscheinstelle war.

| Datenschutz |

Die gesammelten Informationen über Personen sind ein sehr sensibles Gut. Jede Person muss daher grundsätzlich selbst bestimmen können, welche Daten sie weitergeben will und welche nicht. Daten, die zwangsweise gesammelt werden, müssen daher ganz besonders sorgfältig behandelt werden; ein Missbrauch (z.B. mit Unterlagen der Krankenkassen) muss ausgeschlossen werden. Eine Vernetzung von Datenbanken kommt für uns nur in seltenen Ausnahmefällen in Frage, wenn der Zweck durch keine andere Maßnahme erreicht werden kann. Der Handel mit Adressen muss stärker kontrolliert und beschränkt werden. Der „gläserne Mensch“ ist für uns eine Horrorvorstellung. Auch fordern wir eine Verbesserung des Datenschutzes z.B. durch folgende Maßnahmen: Rederecht für Datenschutzbeauftragte in den jeweiligen Landesparlamenten bzw. im Bundestag, entsprechende Gesetze mit dem Ziel der Stärkung des Datenschutzes überarbeiten. Wir sind gegen einen Zwang zur Hinterlegung eines Schlüssels beim Staat, wenn Daten im Internet verschlüsselt übertragen werden. Auch in der Informationsgesellschaft muss die Privatsphäre vor staatlichen Eingriffen geschützt sein.

| Doppelte Staatsbürgerschaft |

Wir Jungen Liberalen bedauern, dass es für in Deutschland lebende Ausländer nicht möglich ist, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, ohne ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben. Dies erschwert für viele integrationswillige Ausländer die Teilhabe an den Rechten, wie beispielsweise dem Wahlrecht, und Pflicht-

ten deutscher Staatsbürger, auch wenn dies von ihnen angestrebt wird. Viele Ausländer wollen gleichberechtigte Deutsche werden, können oder wollen aber aus familiären Gründen ihre eigene Herkunft nicht verleugnen. Wir Jungen Liberalen sprechen uns für die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft aus. Der von SPD, Grünen und FDP gefundene Optionsmodell-Kompromiss sieht vor, dass jeder junge, in Deutschland geborene Bürger, dessen Eltern nicht deutsche Staatsangehörige sind, neben seiner ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhält. Allerdings muss er sich spätestens mit 25 Jahren für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Dieser gefundene Kompromiss ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, wirft aber große Probleme auf. Wenn die Doppelstaatsbürger sich entscheiden müssen, stehen sie oft vor einem Gewissenskonflikt, der eine Härte darstellt, die durch nichts gerechtfertigt ist. Schon jetzt leben in Deutschland viele Doppelstaatsbürger über 25 Jahren, bei denen eine erzwungene Entscheidung als unzumutbar angesehen wird (z.B. Spätaussiedler). Von „Rosinenpicken“ kann nicht die Rede sein, da bei doppelter Staatsangehörigkeit völkerrechtlich das Prinzip einer aktiven und einer ruhenden Staatsangehörigkeit gilt. Dieses Prinzip kann durch bi- und multilaterale Übereinkommen noch zusätzlich rechtlich gestärkt werden. In Zeiten einer zusammenwachsenden Welt ist das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht ein durch nichts zu rechtfertigender Anachronismus, auf den die meisten anderen Staaten verzichten. (→ Ausländerpolitik, → Einwanderung)

| Drogen |

Drogen sind nicht nur die bekannten harten, wie Kokain, XTC, LSD oder Heroin, oder die weitaus weniger schädlichen weichen, wie Haschisch, Marihuana (→ Weiche Dro-

gen), sondern auch legale Drogen wie Alkohol, Nikotin und auch Medikamente (z.B. Psychopharmaka). Diese legalen Drogen sind in Deutschland für weitaus mehr Schäden und Tote verantwortlich, als die erstgenannten illegalen Drogen, gegen die so hart gekämpft wird. Drogenabhängige müssen therapiert werden, nicht kriminalisiert. Wir setzen uns dafür ein, dass der Drogenkonsum sowie der Drogenbesitz zum Eigenkonsum bei Süchtigen nicht weiter strafrechtlich verfolgt wird. Wir wünschen uns, dass sich die Polizei verstärkt um die wirklichen Kriminellen (Drogenbarone) kümmern kann und dass die Süchtigen die Hilfe bekommen, die notwendig ist, um aus dem Teufelskreis von Sucht, Arbeitslosigkeit und Beschaffungskriminalität herauszukommen. Das heißt für uns auch, dass an Drogenabhängige auch harte Drogen unter ärztlicher Kontrolle und ärztlichem Rat abgegeben werden dürfen. Dies vor allem, um zu verhindern, dass Abhängige dealen müssen, und um sie wieder in ein geregeltes privates und berufliches Umfeld integrieren zu können. Darüber hinaus setzen wir uns für eine verstärkte Aufklärung über Drogen ein.

| Eigentum |

Die Eigentumsgarantie unseres Grundgesetzes sichert die persönliche Freiheit im vermögensrechtlichen Bereich und ermöglicht eine eigen- und selbstverantwortliche Lebensgestaltung für jeden Einzelnen. Staatliche Eingriffe in das Privateigentum müssen durch ihren im Verhältnis zum Privatinteresse überwiegenden Nutzen für die Allgemeinheit gerechtfertigt sein.

| Einwanderung |

Kennzeichen einer liberalen und toleranten Gesellschaft ist es, Gastfreundschaft zu zeigen und allen denen, die hierher kommen, eine Chance auf die Verwirklichung der Ziele

zu geben, die sie anderswo nicht sehen. Deutschland ist ein Einwanderungsland, ohne sich dieser Aufgabe auch zu stellen. Die Liberalen haben deshalb schon sehr früh ein Zuwanderungsgesetz gefordert, das klare Rahmenbedingungen für die Zuwanderung setzt. Das bedeutet für uns klare „Bewerungskriterien“ und die Bestimmung einer Zuwanderungszahl. Deutschland ist auf Dauer darauf angewiesen, die Konkurrenz ausländischer Bürger und ihren Einsatz in unserem Land zuzulassen, vor allem auf dem Bildungssektor und in der Wirtschaft. Ein bloßes Hinnehmen allerdings reicht nicht. Ohne den Willen zur Offenheit und zur Integration wird Einwanderung scheitern. (→Asyl, →Ausländerpolitik)

| Emanzipation |

Die Frauenbewegung hat im letzten Jahrhundert weitreichende Erfolge für sich verbucht. Dennoch ist Frauenemanzipation noch lange nicht vollendet. Immer noch sind Rollenklischees in den Köpfen der Bevölkerung, immer noch sind Frauen alltäglichen Diskriminierungen ausgesetzt, sei es im Beruf oder im Privaten. Der Gesetzgeber kann hier zum Teil unmittelbar über Gesetze zu einer Verbesserung der Situation der Frau beitragen - eine völlige Gleichstellung von Mann und Frau ist aber nur dann zu erreichen, wenn auch eine Veränderung des Verhaltens und der Einstellung aller stattfindet.

Deswegen fordern wir, dass schon in der Erziehung von Kindern ein Umdenken stattfindet. Besonders die Schule als zentrale Bildungssituation ist hier in starkem Maße gefordert, die Geschlechter als gleichwertig darzustellen. Eine Differenzierung bspw. in den Schulfächern nach geschlechtsspezifischen Merkmalen (Sport, Informatik, Hauswirtschaft) ist Unsinn. Solche überkommenen Vorstellungen gehören in die Mottebox.

| Entwicklungshilfe |

Entwicklungshilfe ist ein Gebot sowohl der Menschlichkeit als auch der Vernunft. Wohlstand ist kein Vorrecht der Menschen in Industrieländern, sondern muss für alle Wirklichkeit werden können (→ Armut). Bildung und Ausbildung muss der Mittelpunkt liberaler Entwicklungshilfe sein. Die meisten Problembereiche in Entwicklungsländern, beispielsweise Analphabetentum, Arbeitslosigkeit, fehlende Sexualaufklärung und der daraus resultierende Bevölkerungszuwachs und die Verbreitung von AIDS, sind zumindest indirekt auf mangelnde Bildung zurückzuführen. Entwicklungshilfe heißt in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe. Wir können nur möglichst günstige, weltweite Rahmenbedingungen schaffen und besonders durch projektbezogene ideelle und finanzielle Unterstützung den Stein ins Rollen bringen. Die Aufbauarbeit muss vor Ort und mit den Menschen im Einklang geschehen. Der Gedanke des bloßen Überstülpens westlichen Gedankengutes ist daher veraltet. Länder müssen sich im Rahmen ihrer eigenen Geschichte und Kultur weiterentwickeln können.

| Europa, Europäische Union |

Die europäische Einigung ist nicht nur wirtschaftlich ein Riesengewinn für die Mitgliedsländer, sie hat vielmehr die Verständigung zwischen den Menschen gefördert und dadurch Frieden und Freiheit in Europa gesichert. Unsere Zeit ist geprägt vom Übergang von Nationalstaaten zur Europäischen Union (EU), die bisher erst auf dem Papier besteht. Das 21. Jahrhundert verlangt größere Ordnungseinheiten und Identitätsträger, um den wachsenden Problemen des Umweltschutzes, der Friedenssicherung und des wirtschaftlichen Wettbewerbs gerecht werden zu können. Deshalb bleibt unser Ziel ein föderatives, bür-

gernahes, subsidiär aufgebautes Europa. Einheit in Vielfalt ist unsere europäische Vision. Demokratie und Liberalismus bilden dabei die Basis einer europäischen Gemeinschaft. Ziel ist die Schaffung einer europäischen Staatsbürgerschaft. Deshalb wünschen wir uns auch eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, in deren Rahmen ein gemeinsamer ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat durch die Europäische Union eingenommen werden soll. Gesamteuropäische Probleme sind gesamt-europäisch zu lösen. Deshalb fordern wir eine europäische Umweltpolitik ebenso wie eine einheitliche Asyl- und Einwanderungspolitik auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention für Europa. Denn diese Probleme betreffen länderübergreifend alle Mitgliedstaaten. Darüber hinaus dürfen gemäß dem Prinzip der Subsidiarität Entscheidungsbefugnisse nur dann auf die europäische Ebene übertragen werden, wenn die Regionen oder Mitgliedstaaten diese nicht ebenso gut oder schlechter wahrnehmen können. So können z.B. auch Befugnisse von Brüssel auf die Nationalstaaten oder die Regionen zurückverlagert werden. Europa lebt von seiner kulturellen und sprachlichen Vielfalt, unsere Vision ist deshalb kein zentralistischer, vom Bürger entrückter Superstaat, sondern ein Europa der Regionen und ein Europa der Bürger. Nach unseren Vorstellungen geht eine Vertiefung der EU Hand in Hand mit einer fortschreitenden Demokratisierung ihrer Institutionen und einer Erweiterung um die Länder Osteuropas. Diese Länder brauchen die Perspektive, die ihnen einen konkreten Aufnahmetermin versichert, um den dortigen demokratischen und wirtschaftlichen Stabilisierungsprozess nicht zu gefährden. Deutschland hat für die Aufnahme der osteuropäischen Staaten eine besondere historische Verantwortung. Denn schließlich ermöglichten es erst die Völker in diesen Ländern, dass Deutschland seine Einheit wiedererlangen konnte. Vor allem

auch Russland muss mit in die politische Arbeit eingebunden werden.

| Europäische Währungsunion |

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist die strategische Antwort der EU auf die Globalisierung der Märkte und die Entstehung neuer dynamischer Wachstumszentren. Europa braucht einen attraktiven gemeinsamen Markt mit einer starken gemeinsamen Währung, um im globalen Wettbewerb mit den großen asiatischen und amerikanischen Freihandelszonen zu bestehen. Die Währungsunion vollendet dabei den Binnenmarkt und setzt Wachstumskräfte für neue Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland frei. Langfristig bleibt es unser Ziel, alle europäischen Staaten in die Währungsunion zu integrieren. Um den Anschluss derjenigen Staaten, die bisher nicht beitreten konnten, zu ermöglichen, sind sie aus den bestehenden Fonds zu unterstützen, sofern sie eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik betreiben. Die Erfüllung der Stabilitätskriterien bleiben Voraussetzung für einen Beitritt zur Währungsunion.

| Extremismus |

Wir Jungen Liberalen wenden uns gegen jede Art von politischem Extremismus. Wir sehen eine akute Gefährdung derzeit besonders im Rechtsextremismus. Die Verbreitung von rechtsextremen Ideen bis weit hinein in bürgerliche Schichten kann und darf nicht unterschätzt werden. Eine weitere Verschärfung von Gesetzen halten wir allerdings für überflüssig, da unsere bisherigen Polizei- und Strafgesetze bei konsequenter Anwendung zur Bekämpfung des Extremismus ausreichen. Wichtiger als die Bekämpfung ist die Prävention. Daher muss schon im Kindergarten, dann in Schule, Elternhaus, Jugendclubs etc. auf die Gefah-

ren von extremistischen Tendenzen hingewiesen und differenziertes, vernetztes Denken gefördert werden. Aufgeklärte und tolerante Menschen unterliegen weniger der Gefahr, sich extremistischen Parolen anzuschließen. (→Rassismus)

| Fachhochschulen |

Vor allem an den Fachhochschulen ist eine berufliche Hochschulbildung zu gewährleisten. Voraussetzung hierfür ist, dass an den Fachhochschulen neue Studiengänge, die bisher nur an Universitäten gelehrt wurden, eingerichtet werden. Diese sollen an den Erfordernissen der Praxis orientiert sein. In den Bereichen der Fachhochschulen, in denen für die Wirtschaft ausgebildet wird, sollen sich Unternehmen an der Ausbildung beteiligen, indem sie den Hochschulen qualifizierte Mitarbeiter aus ihren Reihen als Gastredner oder Lehrbeauftragte zur Verfügung stellen. Diese werden weiterhin von der Industrie bezahlt. (→Hochschulen)

| FDP |

FDP steht für Freie Demokratische Partei und damit für den Seniorenverband der Jungen Liberalen. Hier bringen wir unsere Ideen und Vorstellungen ein, um sie dann in den Parlamenten durchzusetzen, denn wir JuLis sind keine politische Partei und treten nicht selbst zu Wahlen an. Der Grund, warum wir gerade die FDP als Ansprechpartner sehen, ist der, dass sie als liberale Partei uns inhaltlich am nächsten steht. Klar, dass wir nicht mit allem zufrieden sind, was in der Partei so geschieht. Das gilt sowohl für inhaltliche, als auch personelle Fragen, aber gerade um diese Schwächen zu beheben, engagieren wir uns ja – auch in der FDP!

| Föderalismus |

Der bundesdeutsche Föderalismus war ursprünglich gedacht als Instrument, das zentralistische Entscheidungsmacht verhindern und den Ländern ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten sichern sollte. Die dafür notwendige gegenseitige Kontrolle der verschiedenen Ebenen und ein gesunder Leistungsgedanke der Länder ist aber zunehmend nicht mehr gewährleistet. Kein Bürger weiß, welche politischen Entscheidungen wer zu verantworten hat, ein Wettbewerb der Länder wird aus diesem Grund unmöglich. Wir brauchen deshalb wieder, klare Aufgabenzuweisungen an die einzelnen Ebenen, Abschaffung der Doppelzuständigkeiten und Gemeinschaftsaufgaben sowie die Abschaffung solcher „Runden Tische“ wie der Kultusministerkonferenz. Wir brauchen wieder echten Wettbewerbsföderalismus durch eine Entflechtung der Steuerhoheiten, Ersetzung des Mischsystems durch ein Trennsystem, Abschaffung der Gemeinschaftssteuern und vor allem eine radikale Reform des Länderfinanzausgleichs. Denn: Leistung muss sich wieder lohnen.

| Frauenpolitik |

Durch die Erfolge der Frauenbewegung (→Emanzipation) in den letzten Jahrzehnten haben sich die Chancen von Frauen erheblich verbessert - zumindest auf dem Papier. Während konservative Frauenpolitik auf die Konservierung des traditionellen wie tradierten Geschlechterbildes und damit auf die Fortsetzung der Diskriminierung von Frauen aus ist, stellt „linke“ Frauenpolitik mit Programmpunkten wie der Quotierung, Alibiforderungen für gesellschaftliche Konflikte auf, die nur durch einen tiefgreifenden Bewusstseinswandel gelöst werden können. Folge der angeblich „fortschrittlichen“ linken Frauenpolitik ist, dass sich Vorur-

teile gegenüber Frauen eher verstärken als abbauen. Liberale Frauenpolitik setzt dagegen auf die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau. Dabei geht es nicht darum, unfaire Vorteile zu entwickeln. Liberale Frauen brauchen keine Quote. Nur da, wo Frauen konkret geholfen werden muss, sollte der Gesetzgeber aktiv werden. Liberale Frauenpolitik ist auch nicht zwingend gleich Familienpolitik. Denn alles das, was Männer interessiert, geht auch Frauen etwas an, und umgekehrt.

| Freiheit |

Freiheit bedeutet für Liberale die weitestgehende Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen, die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte sowie die soziale Chance zur Wahrnehmung dieser Rechte. Freiheit ist untrennbar verbunden mit einem hohen Maß an Verantwortung, sie fordert Eigeninitiative und den Mut zur Selbstständigkeit. Die Freiheit des Einzelnen formt dadurch die Vielfalt der Gesellschaft. (→Liberalismus)

| Fremdsprachen |

Im Hinblick auf ein zusammenwachsendes Europa gewinnen Fremdsprachenkenntnisse einen zunehmend höheren Stellenwert für jeden Bürger. Um Schüler daher möglichst früh mit den Sprachen anderer Völker in Berührung zu bringen, halten wir JuLis es für sinnvoll, bereits in Grundschulen mit Fremdsprachenunterricht zu beginnen. Wir fordern daher die Einführung des Englischunterrichts ab der ersten Klasse. Die Grundschule soll die Fremdsprache in spielerischer Art und Weise vermitteln, neugierig machen und die Bereitschaft zur intensiven Beschäftigung fördern. Auf diese Art und Weise lässt sich auch schon früh die Kultur anderer Völker vermitteln.

| Ganztagschulen |

Um Eltern und Schülern die freie Wahl eines Schultyps unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern zu ermöglichen und somit den Grundsatz der größtmöglichen Gleichheit der Chancen zu verwirklichen, sind (freiwillige) Ganztageseinrichtungen an allen Schultypen anzubieten. Neben AGs (z.B. Sport oder Kunst) soll hierbei besonders Hausaufgabenbetreuung im Vordergrund stehen. (→Jugendarbeit)

| Generationengerechtigkeit |

Bei den meisten politischen Entscheidungen wird die Wirkung auf junge Menschen und zukünftige Generationen meist strikt nicht beachtet. Es liegt im Interesse von uns allen, die Handlungsfähigkeit unserer Kinder und Kindeskiner nicht jetzt schon einzuschränken. Die Schulden, die wir heute aufnehmen, müssen wir nicht mehr zahlen, engen aber unsere Kinder jetzt schon ein. Umweltverschmutzung greift in das Leben zukünftiger Generationen ein, ohne dass wir uns dessen bewusst sind. Unser Rentensystem verschiebt Lasten allzu gern in die Zukunft. Wir fordern deshalb Generationenbilanzen der öffentlichen Haushalte, die die Belastungen und Investitionen für eine Generation gegenüberstellen. Wir fordern eine Reform der Rentenversicherung, die den Namen verdient (→Rentenversicherung), und wir fordern den Umbau der Umweltpolitik hin zu einer ökologischen Marktwirtschaft, die mit Anreizen und Zertifikaten besser funktioniert als Steuern und Verbote. (→Ökologische Marktwirtschaft)

| Gesamtschule |

Die Gesamtschule hat sich als Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem etabliert. Wir Jungen Liberalen akzeptieren dies. Es ist

allerdings darauf zu achten, dass die Anforderungen an Schüler dieses Schultyps, denen an anderen Schulen entsprechen. Um einen fairen Wettbewerb der Schulen zu gewährleisten, lehnen wir eine bevorzugte Behandlung der Gesamtschule ab. (→Bildung)

| Gewalt im Fernsehen |

Wir Jungen Liberalen sind besorgt über die zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen. Besonders schwer wiegen in diesem Zusammenhang die immer wiederkehrenden Meldungen über Brutalität an Schulen, denn gerade hier sollten ein friedliches Miteinander und gewaltfreie Auseinandersetzung erlernt werden. Neben vielfältigen gesellschaftlichen Gründen ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch die Medien in großem Maße mit dazu beitragen. Besonders das Fernsehen, das viele gewaltverherrlichende Szenen schon im Vorabendprogramm präsentiert, trifft hier eine besondere Verantwortung. Daher fordern wir die Programmanbieter auf, sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und besonders gegenüber dem jungen Publikum bewusst zu werden und sich in einer freiwilligen Selbstbeschränkung zu üben. Dies bedeutet besonders, vor 20 Uhr auf die Darstellung primitiver Gewalt zu verzichten. Sollte sich eine Selbstkontrolle alleine als nicht ausreichend erweisen, ist der Gesetzgeber gefordert.

| Gymnasium |

Das Gymnasium soll auf die Aufnahme eines Studiums vorbereiten und so die Studierfähigkeit sicherstellen. Dazu muss besonders das Vermitteln der Fähigkeit, sich Wissen anzueignen und mit Informationsmedien umzugehen, im Vordergrund stehen. Der Lernstoff der gymnasialen Oberstufe soll nach Ansicht der JuLis gestrafft werden, damit die Schulzeit verkürzt werden kann.

Im internationalen Vergleich sind die Ausbildungszeiten in Deutschland zu lang. Die JuLis fordern daher, das Abitur auf 12 Jahre zu verkürzen. (→Bildung)

| Hauptschule |

Auch eher praktisch begabten Schülern muss die Möglichkeit gegeben werden, in einem ihnen angemessenen Lernumfeld ihre Möglichkeiten voll zu entwickeln und sich eine solide Grundlage für den Einstieg ins Berufsleben zu erarbeiten. Die Entwicklung, dass der Hauptschulabschluss für den Einstieg in viele Ausbildungsberufe als nicht mehr ausreichend angesehen wird, ist aufzuhalten. Dazu müssen Hauptschullehrpläne neu überdacht und das Ansehen der Hauptschule in der Öffentlichkeit gestärkt und die Ausstattung der Hauptschulen verbessert werden. (→Bildung)

| Hochschule |

Wir sprechen uns für eine deutliche Stärkung der Autonomie von Hochschulen sowohl im Bereich Ihrer Organisation als auch der Studieninhalte und der Auswahl der Studierenden aus. Grundlage für die Hochschulfinanzierung sollen die Bildungsgutscheine (→Bildungsgutscheine) werden, die die Hochschulen von ihren Studierenden erhalten und beim Staat gegen Geldmittel eintauschen können. Daneben finanzieren sich die Hochschulen über sog. Drittmittel, die sie bei Unternehmen einwerben. Die Auswahl von Studierenden und die Festlegung von Auswahlkriterien soll die jeweilige Hochschule eigenverantwortlich selbst festlegen können. So wird ein Wettbewerb zwischen Hochschulen ermöglicht, der im Ergebnis zu einem besseren Studienangebot führen wird. (→Bildung, →Fachhochschule)

| Homosexualität |

Wir setzen uns für die uneingeschränkte Gleichberechtigung von Homosexuellen ein. Homosexuelle werden von der Gesellschaft immer noch nicht als „normal“ akzeptiert. Gegen diese Form der Diskriminierung gilt es - besonders für Liberale - anzukämpfen. Darüber hinaus haben nicht zuletzt wir Jungen Liberalen dafür gesorgt, dass die FDP die erste Partei war, die einen Gesetzentwurf zur „eingetragenen Lebenspartnerschaft“ in den Bundestag eingebracht hat.

| Humanistischer Liberalismus |

„Humanistischer Liberalismus“ heißt das Grundsatzprogramm der JuLis. Es enthält unsere Ansichten und Überzeugungen. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht stets das Individuum, das den Vorrang vor Kollektiven aller Art genießt. Solltest du Interesse an diesem Programm haben, melde dich einfach bei unserer Bundesgeschäftsstelle (Adresse im Impressum). Wir werden es dir unmittelbar zuschicken. (→Liberalismus)

| Innen- und Rechtspolitik |

Eine liberale Innen- und Rechtspolitik regelt lediglich das, was nur der Staat und nicht der einzelne Bürger regeln kann. Eine Bevormundung der Bürger durch den Staat, der meint, er wisse am besten, was für die Bürger gut sei, lehnen wir Jungen Liberalen ab.

| Innere Sicherheit |

Das Thema „Innere Sicherheit“ wird leider oft missbraucht, um bei Bürgern Angst vor ständig wachsender Kriminalität zu erzeugen. Dies dient dann als Rechtfertigung für den Abbau elementarer Bürgerrechte. Wir halten eine Verschärfung der Gesetze momentan für nicht erforderlich. Vielmehr sind

die bestehenden Gesetze konsequenter anzuwenden. So müssen Verbrechen, die sich gegen den Körper oder das Leben eines Menschen richten, vom Staat stärker verfolgt werden. Wir Jungen Liberalen halten nichts von der sog. Zero-Tolerance-Strategie, die bei sozial auffälligem Verhalten das Strafrecht als Schein-Lösung missbraucht. Auch darf Prävention als wirksames Mittel gegen Kriminalität nicht vernachlässigt werden. Eine weitere Beschneidung der Freiheit zugunsten der Sicherheit lehnen wir ab.

| Jugendarbeit |

Traditionelle Jugendarbeit besteht in dem Bau und der Betreuung von Jugendzentren. Wir Jungen Liberalen halten solche Zentren für Problemgebiete für sinnvoll. Moderne Jugendpolitik und -arbeit darf sich allerdings nicht in der Forderung nach neuen Jugendzentren erschöpfen, sondern muss verstärkt daraufhin wirken, die Jugendlichen direkt anzusprechen. Jugendarbeit soll auch zu den Jugendlichen kommen, anstatt nur zu erwarten, dass die Jugend zur Jugendarbeit kommt. Für Jugendliche, die sich in ihrer Freizeit nicht sinnvoll beschäftigen können, oder um die sich die Eltern während der Arbeitszeiten nicht ausreichend kümmern können, fordern die JuLis Ganztageschulen (→Ganztageschulen) als flächendeckendes Angebot. Um Jugendliche mehr am politischen Leben zu beteiligen, fordern die Jungen Liberalen Jugendgemeinderäte mit beratender Stimme und Antragsrecht in den Gemeinderäten.

| JuLis |

Wir sind der Jugendverband der FDP. (→FDP) Anfang der 80'er Jahre lösten wir die Deutschen Jungdemokraten ab, die dieser Rolle nicht mehr gerecht wurden. Seitdem haben wir gezeigt, dass wir nicht etwa

angepasste und langweilige Jasager sind, sondern als kritischer und oft auch unbequemer Partner der FDP die Idee des Liberalismus voranbringen wollen. Polit-Profis sind wir nicht; eher engagierte junge Leute die Politik als Hobby betrachten und ihre Zukunft mitgestalten wollen. Dabei sind wir stets offen für Leute, die ihre Ansichten einbringen und mit uns etwas bewegen wollen. Wer's nicht glaubt - probiert's aus!

| Konservatismus |

Wenn seit Jahren etwas praktiziert wird, so muss es automatisch auch zukunftstauglich sein! Konservative vertrauen Althergebrachtem und versuchen dadurch möglichst viele liebgewonnene Besitzstände zu wahren. Eine lebende Ausprägung ist der Strukturkonservatismus, heutzutage leider ein weitverbreitetes Phänomen, das besonders bei großen Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, sogar bei staatlichen Institutionen anzutreffen ist. Wie könnte ein Verband in der Lage sein, zukunftsweisend zu denken, wenn seine eigenen Strukturen bereits eingestürzt und ungelent sind? Konservatismus führt zu Inflexibilität, oftmals gar zur Bevormundung des freien Bürgers. Dringend notwendige Veränderungen und Innovationen sind unmöglich. Man dreht sich im Kreis und träumt dabei ruhig weiter von gestern!

| Landwirtschaft |

Die Landwirtschaft hat in unserem Raum eine große Tradition. Neben der Herstellung von Lebensmitteln ist die Landschaftspflege eine wichtige Tätigkeit der Landwirte. Die Agrarpolitik der Europäischen Union ist jedoch vor allem im Hinblick auf die bevorstehende EU-Osterweiterung dringend reformbedürftig. Wir setzen uns für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ein, die schrittweise an den Weltmarkt herangeführt werden muss. Ein Kulturlandschaftspflege-

honorar muss an die Stelle der europäischen Preissubventionen treten und soll die Leistungen der Landwirte bei der Landschaftspflege gerecht entlohnen. Weiter muss den Landwirten die Schaffung von weiteren wirtschaftlichen Standbeinen ermöglicht werden; hierbei ist vor allem an Tourismus, Handwerk, Dienstleistungen, alternative Anbauformen oder die nachwachsenden Rohstoffe gedacht. Eine angemessene Honorierung ist auch dann angebracht, wenn ein Landwirt sich als Naturschützer betätigt. Wir fordern eine Neuaufteilung der Kompetenzen im Agrarbereich gemäß dem Prinzip der Subsidiarität. All das, was die Regionen oder Staaten Europas in diesem Bereich ebenso gut oder besser regeln können, muss ihnen auch wieder zugesprochen werden. (→Europa)

| Liberalismus |

Der Liberalismus stellt die Würde des Einzelnen in den Mittelpunkt, er richtet seine Bestrebungen an der Freiheit des Individuums aus, die nur durch die Freiheit des Anderen begrenzt wird. Untrennbar mit persönlicher Freiheit verknüpft ist die persönliche Verantwortung für alles, was man einerseits tut und andererseits geschehen lässt. Wo die Freiheitsgrenzen genau verlaufen, kann man nicht bestimmen, sondern nur anhand liberaler Kriterien zusammen festlegen, denn der Liberalismus kennt keine endgültigen Wahrheiten. Kein Liberaler wird anderen je vorschreiben, was für sie das beste ist. Liberalismus bedeutet die Toleranz anderer und den Respekt vor ihren Ansichten. (→FDP, →JuLis)

| Marktwirtschaft |

Die Marktwirtschaft ist das freiheitlichste Wirtschaftssystem, sie zu verwirklichen bleibt liberales Ziel. Angebot und Nachfrage sorgen für einen Ausgleich der Inter-

sen der Einzelnen und dafür, dass die vorhandenen Mittel so effektiv wie möglich eingesetzt werden, was letztendlich der gesamten Gesellschaft zugute kommt. Um der Verantwortung gegenüber den schwächeren Bürgern gerecht zu werden, ist die Sozialverpflichtung heute ein grundlegender Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Hierbei setzen wir Jungen Liberalen uns aber für grundlegende Reformen der Organisation der Sozialleistungen ein. Darüber hinaus fordern wir den Einsatz von mehr marktwirtschaftlichen Instrumenten im Umweltschutz. Die ökologische Marktwirtschaft ist die konsequente und sinnvolle Verbindung von Ökonomie und Ökologie. (→Ökologische Marktwirtschaft)

| Menschenrechte |

Jeder Mensch besitzt unveräußerliche Rechte, die der Staat zu schützen hat. Wir sind der Auffassung, dass die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sein muss, die allgemein anerkannten Menschenrechte auch in anderen Staaten durchzusetzen. Wenn die grundlegenden Menschenrechte mit Füßen getreten werden, dürfen wir nicht schweigen. Bei der weltweiten Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte kommt den Vereinten Nationen entscheidende Bedeutung zu. (→UNO)

| Minderheiten |

Jeder gehört in irgend einer Weise einer Minderheit an, und da jeder das Recht auf seine eigene Persönlichkeit hat, hat auch jeder das Recht, dass seine Ansichten, seine Lebensweise und seine Herkunft von der „Mehrheit“ respektiert werden. Eine Benachteiligung darf deshalb nicht stattfinden. Wir treten dafür ein, dass jeder Mensch auf seine Art glücklich werden darf, und das ohne Beeinflussung durch andere.

| Mobilität |

Eine offene Gesellschaft, wie wir sie fordern, lebt davon, dass jeder mit Verantwortung seine Freiheit nutzen kann. Unflexibilität und fehlende Infrastruktur stehen den Chancen des Einzelnen im Weg. Das Fehlen einer entsprechenden Infrastruktur macht Arbeitnehmer, Schüler, Studenten und Familien immobil. Unternehmen weichen schon lange auf private Beförderungsunternehmen aus, aber auch sie stoßen an unüberwindbare Grenzen der Belastbarkeit unserer Straßen, Schienensysteme, Wasserstraßen und Flughäfen. Durch weiter steigende Mobilität und weiter zunehmenden Tourismus stehen wir vor einer Zukunftsaufgabe, die Liberale meistern müssen. Denn sie stehen für Mobilität auf allen Ebenen und halten nicht an überkommenen Gesellschafts-, Arbeits- und Verkehrsstrukturen fest.

| NATO |

Das nordatlantische Bündnis hat über vierzig Jahre den Frieden in Mitteleuropa gesichert. Dieser Erfolg legitimiert die Existenz des Bündnisses auch in der Zukunft. Ein kollektives Verteidigungsbündnis hat nach wie vor seine Berechtigung, wie der Dauerkrisenherd Balkan zeigt. Einsätze der NATO außerhalb der Bündnisverteidigung, z.B. humanitäre Interventionen, dürfen unserer Meinung nach nicht eigenmächtig und ohne UN-Mandat vorgenommen werden. (→Bundeswehr, →Sicherheitspolitik)

| Numerus Clausus |

Der Numerus Clausus (N.C.) ist für uns kein geeignetes Mittel, die Zulassung zu deutschen Hochschulen zu regeln, da er weder auf objektiven Faktoren beruht, noch etwas über die fachlichen Qualifikationen des Bewerbers aussagt, noch die Notenvergabepraxis der vorhergehenden Schule mitein-

beziehen kann. Die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (→ZVS), die über die Vergabe auch nach Numerus Clausus entscheidet, ist abzuschaffen. (→Hochschule)

| Ökologische Marktwirtschaft |

Die Ökologische Marktwirtschaft ist die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einem System, in dem Ökonomie und Ökologie im Einklang zueinander stehen. Umweltschutz soll in Zukunft nicht mehr über Ge- und Verbote, sondern verstärkt über den Einsatz der marktwirtschaftlichen Steuerungswerkzeuge von Angebot, Nachfrage und Preis verwirklicht werden. Die Natur wird hierbei als ein knappes Gut angesehen, deren Beschädigung Kosten nach sich zieht, die der Verursacher zu tragen hat. Wer also die Umwelt im Laufe seines Produktionsprozesses schädigt, muss dafür einen entsprechenden Schadensausgleich zahlen. Dadurch wird der Einsatz umweltfreundlicher Technologien gefördert, denn weniger schonende Produktionsverfahren sind weniger rentabel. Dieses Ziel, Umwelt als Gut preislich zu bewerten, lässt sich auf verschiedene Art und Weise erreichen. Handelbare Umweltnutzungslizenzen, die je nach dem Zustand der Natur von der regional höchsten Umweltbehörde in begrenzter Zahl angeboten und dann von Unternehmen gekauft werden können und diesen die Emission nur einer bestimmten Menge von Schadstoffen erlauben, sind ein Weg. Ein anderer ist die Einführung aufkommensneutraler Kohlendioxid- und Energiesteuern. Durch den Einsatz solcher marktwirtschaftlicher Mittel werden Anreize zum schonenden Umgang mit unserer Umwelt geliefert. Die Idee der Ökologischen Marktwirtschaft wurde frühzeitig von uns Jungen Liberalen propagiert und ist inzwischen überwiegend Bestandteil des Programms der FDP. (→Marktwirtschaft)

| OSZE |

Die OSZE ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Nachfolgerin der KSZE. Die KSZE wurde 1975 ins Leben gerufen, um vertrauensbildende Maßnahmen zwischen dem Ostblock und Westeuropa zu schaffen und in Ost und West gemeinsam Menschenrechten zur Durchsetzung zu verhelfen. Nach dem Wegfall der West-Ost-Konfrontation in Europa wird eine neue Friedensordnung benötigt, die das entstandene Vakuum schließt. Um eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu verwirklichen, in die insbesondere auch Russland eingebunden ist, fordern wir Jungen Liberalen:

- Die OSZE muss als wichtigstes, ständiges Kooperationsforum für Gesamteuropa ausgebaut werden.
- Etablieren der OSZE als vertragliche, sanktionsbewehrte internationale Organisation und regionale Untergliederung der UN.
- Parallele Weiterentwicklung von Mechanismen und Institutionen der OSZE. Der integrative Charakter der OSZE wird dabei beibehalten und erlaubt die ständige Anpassung an neue Anforderungen, wobei die Aspekte eines erweiterten Sicherheitsbegriffes z.B. im Bereich Sicherheitsprävention, Wirtschaft und Umweltschutz mit aufgegriffen werden. (→NATO, →UNO)

| Parteien, Parteienwirtschaft |

Weniger Parteienwirtschaft bedeutet weniger Staatswirtschaft. Weniger Staatswirtschaft bedeutet weniger Parteienwirtschaft. Durch Entstaatlichung wird der Einfluss der Parteien zurückgedrängt. Damit verlieren auch zahlreiche Interessenorganisationen die Möglichkeit, den Staat zu instrumentalisieren. Weniger Parteienwirtschaft bedeutet deshalb auch weniger Lobbyismus.

| Privatisierung |

Staatliche Unternehmertätigkeit widerspricht dem Grundgedanken des schlanken Staates, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt. Abgesehen davon sind Staatsunternehmen in der Regel deutlich weniger effizient als privat geführte. Aus diesen Gründen setzen wir uns für eine konsequente Privatisierung von Staatsbeteiligungen ein.

| Prostitution |

Wir Jungen Liberalen fordern die Aufhebung der rechtlichen und gesellschaftlichen Benachteiligung weiblicher und männlicher Prostituierten. Der Beruf der Prostituierten darf gegenüber anderen Berufen nicht ungleich behandelt werden. So fordern wir, dass die Sozialversicherungen für Prostituierte zugänglich werden. Auch für Prostituierte gilt das Recht auf freie Berufswahl. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, selbstständig beruflich tätig zu werden oder auch reguläre Arbeitsverträge, z.B. mit Bordellbesitzern eingehen zu können. Die strafrechtlichen Vorschriften müssen entsprechend geändert werden. Die Regelung über die „Zuführung Minderjähriger zur Prostitution“ bleibt hiervon unberührt. Die Gewährung sexueller Dienstleistungen darf nicht länger als sittenwidrig angesehen werden. Es soll gesetzlich festgelegt werden, dass gewerblich betriebener Geschlechtsverkehr eine Dienstleistung ist, die einen einklagbaren Anspruch auf Entlohnung begründet.

| Rassismus |

Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe zu bewerten, ist schlichtweg dumm. Mehr braucht dazu nicht gesagt zu werden, oder? (→Extremismus)

| Rechtsstaat |

Zu den Merkmalen eines Rechtsstaates gehört, dass persönliche Grundrechte gewährleistet werden, die das staatliche Handeln begrenzen und dem Bürger einen gesicherten Freiheitsraum einräumen. Ein Rechtsstaat zeichnet sich also unter anderem dadurch aus, dass er nicht alles regelt, sondern dass die Menschen dem Staat nur die Aufgaben überlassen, die allein der Staat erfüllen kann. Außerdem muss der Bürger das Recht haben, staatliche Eingriffe in seine Freiheit von unabhängigen Gerichten überprüfen zu lassen. Dies setzt eine Gewaltenteilung und die Bindung der Verwaltung an die Gesetze voraus. Der Staat muss nach unserer Überzeugung seine Eingriffe in die Freiheit der Menschen rechtfertigen und nicht umgekehrt.

| Rentenversicherung |

Wir Jungen Liberalen setzen uns für eine tiefgreifende Reform des Rentenversicherungssystems ein. Eine Beibehaltung des bisherigen Systems würde in 30 Jahren zu Beitragssätzen von 30% führen, damit unfinanzierbar werden und zusammenbrechen. Basis eines Rentenversicherungssystems für das nächste Jahrhundert muss die private Altersvorsorge sein. Sämtliche Vorsorgemaßnahmen (z.B. private Rentenversicherungen, Kapitallebensversicherungen und andere langfristige Investitionen) sind steuerfrei zu stellen; daraus resultierende Einkünfte sind jedoch zu besteuern. Dies wäre ein erster Schritt zur Einführung einer konsumorientierten Einkommenssteuer. Nur das Existenzminimum ist mit einer staatlich definierten Pflicht zur Versicherung sicherzustellen. Eine solche private Versicherung muss nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisiert sein, d.h. jede Generation baut sich einen Kapitalstock auf, aus dem die Rentenzahlungen vor-

genommen werden. Kindererziehung darf nicht zu Altersarmut führen. (→ Armut, → Familienpolitik) Die Sorge für Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die deshalb auch von der ganzen Gesellschaft getragen werden muss. Sollte einmal die Mindestversicherung nicht ausreichen, um das Existenzminimum zu sichern, hilft das staatliche Bürgergeld. (→ Bürgergeld)

| Schulzeitverkürzung |

Eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 12 Jahre sehen wir Jungen Liberalen als notwendigen Schritt an. Durch die 13 Jahre bis zum Abitur nimmt das Bildungssystem Jugendlichen viele Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt, denn die Bewerber aus anderen Ländern sind in der Regel jünger, weil die Ausbildungszeiten dort kürzer sind. Bei einer Überarbeitung der Lehrpläne ist eine solche Kürzung ohne Probleme möglich. (→ Bildung)

| Sicherheitspolitik |

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist die äußere Sicherheit der Bundesrepublik und ihrer NATO-Bündnispartner nicht mehr akut durch den Warschauer Pakt bedroht, eine Armee ist jedoch auch weiterhin unerlässlich, um die äußere Sicherheit zu gewährleisten. Allerdings haben sich die Aufgaben der Armee gewandelt, eine moderne Armee muss auch für Einsätze im Rahmen eines UN-Mandates gerüstet sein. Da viele sicherheitspolitische Aufgaben heute nur noch gesamteuropäisch gelöst werden können, ist die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Freiwilligenarmee langfristiges Ziel der Jungen Liberalen. (→ Bundeswehr, → Europa, → NATO)

| Sterbehilfe |

Wir Jungen Liberalen sind für die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe als gezielte, unmittelbare Beendigung des Lebens eines Menschen mit fortschreitendem und irreversiblen Leiden mit der Absicht, ihm weiteres Leiden zu ersparen. Voraussetzungen dafür sind, dass die Person ihren Sterbewunsch eindeutig geäußert hat (z.B. in Form eines Patiententestaments), mindestens zwei unabhängige Ärzte die Möglichkeit einer vorübergehenden Depression ausgeschlossen haben und der Mensch über mögliche Alternativen aufgeklärt wurde. Ferner dürfen weder Ärzte, noch das Pflegepersonal zur Teilnahme an der aktiven Sterbehilfe verpflichtet werden.

| Todesstrafe |

Todesstrafe ist Menschenrechtsverletzung. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben. Dieses Recht darf ihm keiner nehmen. Kein Mensch und keine Institution hat das Recht, darüber zu bestimmen, ob ein Mensch weiterleben darf oder nicht. (→Menschenrechte)

| UNO |

Für uns Junge Liberale ist und bleibt die UNO das zentrale Organ zur Garantie und Durchsetzung von Frieden, Freiheit und Menschenrechten in der Welt. Zur UNO gibt es keine Alternative, regionenübergreifende bzw. weltweite Konflikte, Probleme und Spannungssituationen zu entschärfen und einzuschreiten, wenn regionale Organisationen bei der Konfliktlösung versagen. Auch bei der Lösung ökologischer und sozialer Probleme mit dem Ziel der Konfliktprävention in vielen Regionen auf der Welt spielt die UNO eine entscheidende Rolle. Wir fordern, die Aufgaben der UNO auf jene Probleme zu begrenzen, die nicht durch

regionale Abmachungen gelöst werden können. Das Subsidiaritätsprinzip muss deshalb als oberstes Prinzip der UNO gelten. Weltweit sollten darum regionale Abmachungen im Sinne der UN-Charta eingerichtet werden, die zugleich als Foren und institutionalisierte Organisationen die regionale Garantie und Überwachung der Sicherheit, des Friedens und der Menschen- und Minderheitenrechte übernehmen. Die regionalen Abmachungen müssen über das notwendige Instrumentarium verfügen, so können sie auf völkerrechtlich verbindlichen Regimen und Verträgen basieren, die nach den Prinzipien der UN Regeln und Normen für die friedliche Konfliktbeilegung und die Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte festsetzen. Die regionalen Abmachungen müssen z.B. in Sicherheitsräten Spielraum für die politische Ausgestaltung dieser Regime und den Einsatz von wirksamen Sanktionen erhalten. Die regionalen Abmachungen haben sich an dem Votum des UN-Sicherheitsrates zu orientieren. Ferner muss die UNO langfristig ein weltweites Interventionsmonopol erhalten. Die Entscheidung über ein militärisches Eingreifen wird ausschließlich im UN-Sicherheitsrat gefällt und von regionalen Untergliederungen der UNO ausgeführt. Um seine Handlungsfähigkeit zu bewahren, muss der Sicherheitsrat allerdings neu strukturiert werden.

| Umweltschutz |

Freiheit bedeutet für uns auch, dass die Umwelt nicht auf Kosten der nächsten Generation ausgebeutet wird. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage ist daher die zentrale Aufgabe der Politik. Im Gegensatz zum bisher praktizierten Umweltschutz, der sich auf Ver- und Gebote stützt, setzen wir uns für einen Umweltschutz ein, der auf die Eigenverantwortung des Einzelnen setzt. Die Bewahrung unserer natürlichen Lebens-

grundlagen ist dabei ein zentrales Thema für uns JuLis. Wer kommenden Generationen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen will, muss dafür sorgen, dass unsere Natur intakt bleibt. Dabei dürfen aber nicht Ge- und Verbote im Mittelpunkt stehen.

Vielmehr müssen marktwirtschaftliche Instrumente verstärkt Anwendung finden. Darüber hinaus müssen Recycling- und Energiesparprogramme (beispielsweise Wärmedämmung, private Solarenergie) verstärkt gefördert werden. (→Ökologische Marktwirtschaft)

| Videoüberwachung |

Wir Jungen Liberalen sprechen uns gegen die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen aus. Wie Erfahrungswerte aus anderen Ländern belegen, dient die Videoüberwachung lediglich der Beruhigung eines subjektiven Unsicherheitsgefühls, wohingegen sich die Kriminalität neue Orte sucht und sich das Problem nur verlagert. Werden die Aufzeichnungen zur Verbrechensaufklärung eingesetzt, so lassen sich hiermit in der Regel nur kleine Delikte (z.B. Handtaschenraub, öffentliches Urinieren) aufklären, größere Verbrechen können durch die Videoüberwachung weder verhindert noch aufgeklärt werden. Dieser geringe objektive Nutzen der Videoüberwachung steht in keinem Verhältnis zur dadurch bewirkten Einschränkung der persönlichen Freiheit des Bürgers und ist daher abzulehnen. (→Innere Sicherheit)

| Weiche Drogen |

Fast jeder Mensch ist Konsument von Drogen. Sei es der aufputschende Kaffee morgens „zum Wachwerden“, die Zigarette in der Pause oder das Pils am Abend. Dazu gehört für mehrere Millionen Menschen in Deutschland auch der Konsum von weichen Drogen (Haschisch und Marihuana). Das

Verbot dieser Drogen ist nicht nachzuvollziehen, da weiche Drogen im Gegensatz zu Alkohol und Nikotin weitaus weniger gesundheitsgefährdend sind. Ein Verbot unter Strafandrohung ist deshalb aus liberaler Sicht ein unverhältnismäßiger Eingriff des Staates in die Freiheit des Einzelnen. Deshalb fordern wir Jungen Liberalen die Legalisierung weicher Drogen. Dadurch würden die Märkte für weiche und harte Drogen getrennt und Konsumenten weicher Drogen nicht mehr wie bisher in den illegalen Markt harter Drogen gedrängt werden. Auch ordnen die Straßenverkehrsbehörden schon beim bloßen Besitz geringer Mengen bspw. von Cannabis ohne jeden Bezug zum Straßenverkehr kostspielige Untersuchungen an und entziehen oftmals ungerechtfertigterweise den Führerschein. Wir fordern das Ende dieser „Bestrafung durch die Hintertür“. (→Drogen)

| ZVS |

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) soll nach unserer Meinung abgeschafft werden. Anstatt des auf reinen Schulnoten basierenden Bewerbungssystems an öffentliche Hochschulen oder nicht nachzuvollziehenden „Verschickungsaktionen“ in andere Regionen soll Studienbewerbern die Möglichkeit gegeben werden, sich mit den üblichen Bewerbungsunterlagen an den Hochschulen ihrer Wahl zu bewerben. Diese könnten sich ihre Bewerber dann selbständig, nach von ihnen festgelegten Kriterien aussuchen. So könnten auch außerschulisch erworbene Kenntnisse und erbrachte Leistungen (z.B. Auslandsaufenthalte, soziales oder politisches Engagement, bereits in studienfachverwandten Bereichen absolvierte Praktika etc.) berücksichtigt werden. Die Universitäten sollen ihre Auswahlkriterien transparent machen. (→ Numerus Clausus, → Hochschule)

|Innenleben|

Wir. 1980 im Westen, '89 im Osten gegründet. Zehntausend irgendwo in Deutschland. Zahl stark steigend.

Nicht immer einer Meinung. Doch: Organisiert für die Freiheit. Gemeinsam. Mach mit!

Junge Liberale e.V.

Bundesgeschäftsstelle, Ackerstr. 3b, 10115 Berlin

|Telefon| 030 . 28 38 87 91 oder 0700 . JUNGELIBERALE

|Fax| 030 . 28 38 87 99

|E-Mail| info@julis.de

|Internet| <http://www.julis.de>



b i t t e

f r e i
m a c h e n

|Ich will mehr|

- Nehmt mich in Euren Interessentenverteiler auf.
- Nehmt mich in Euren E-Mail-Verteiler auf.
- Ladet mich zu Veranstaltungen ein.
- Schickt mir Infos zu den Themen:

.....

.....

.....

- Schickt mir Euer Mitgliedermagazin.

Absender:

(Name, Vorname, Straße, PLZ, Ort, E-Mail)

.....

.....

.....

.....

.....

Junge Liberale e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Ackerstr. 3b

10115 Berlin



www.julis.de